

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kontinentalwirtschaft und Großbritannien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1949) :
Kontinentalwirtschaft und Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv,
Hamburg, Vol. 29, Iss. 3, pp. 6-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130892>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

allem durch die Wirksamkeit des Zoll- und Grenzschutzes bestimmt.

Noch ist die deutsche Mark eine reine Binnenwährung und ihr Außenwert bei offiziellen Geschäften wird durch die Dollarbindung bestimmt. Dabei befindet sie sich in einer unnatürlichen Lage: die deutsche Mark ist das schwächste Mitglied der harten Währungsgemeinschaft; *Deutschland hat aber die typische Wirtschaftsstruktur eines Weichwährungslandes*: eine weitgehend gestörte, allerdings im raschen Wiederaufbau befindliche Volkswirtschaft, einen ungeheuren Nachholbedarf und eine künstlich durch direkte und indirekte Anleihengewährung ausgeglichene Zahlungsbilanz. Alle anderen Hartwährungsländer haben dage-

gen einen Ausfuhrüberschuß und können sich deshalb mit einem Minimum an Außenhandelslenkungsmaßnahmen begnügen. In Deutschland jedoch wird sorgfältig Ein- und Ausfuhr miteinander abgestimmt. Die langfristige Planung und die durch sie bedingte mangelnde Freizügigkeit sind aber das geringere Übel für den westdeutschen Export: die größte Belastung bleibt nach wie vor das fundamentale Ungleichgewicht zwischen der offiziellen Währungsabrechnung und der tatsächlichen Kaufkraft der weichen Währungen. Deutschlands Hauptkunden waren stets die europäischen Industriestaaten, die nun zwar gerne nach Deutschland Waren exportieren, aber eine große Furcht vor evtl. in Dollar zu bezahlenden Clearingsspitzen haben. (Cp.)

Akkreditiv bei Importen

Der Wunsch, den technischen Weg des Einfuhrverfahrens zu verkürzen, um die Kreditdecke des Importeurs nicht übermäßig und unnötig zu beanspruchen, scheint trotz aller Bestrebungen ein Wunsch zu bleiben. Die Anordnung der Bank deutscher Länder vom 15. Juli d. J. hat das besonders unterstrichen. Praktisch wird der Importeur jetzt gezwungen, seine gesamten Barmittel zur Abwicklung eines Import-Geschäftes einzusetzen. Eine solche Abwicklung dauert normalerweise zwei bis drei Monate, gerechnet

vom Tage der Akkreditiv-Eröffnung an bis zur Einreichung der Einfuhrdokumente, die noch den amtlichen Wiegestempel für das eingeführte und verzollte Gut tragen müssen, ehe überhaupt die Zahlung an den ausländischen Ablader vorgenommen wird.

Es ist daher mit einem starken Rückgang der Importe zu rechnen, sollte diese Anordnung im vollen Umfange in Kraft bleiben. Unsere oberste Kontrollbehörde, die Jeia, achtet sehr darauf, daß bei Importen die Akkreditivzahlung angewandt wird, teils, was

auch verständlich ist, um die Devisendecke nicht zu überlasten, teils aber auch, um eine Steuerung vorzunehmen. Manche Importfirma jedoch besitzt aus alten Bindungen her zu ihrem ausländischen Ablader ein so gutes Einvernehmen, daß dieser gerne seine Ware offen schicken möchte resp. ihm Zahlung gegen Dokumente als absolut genügend erscheint. Leider kann der Ablader mit Rücksicht auf die Handelsvertrags-Bestimmungen zwischen seinem Lande und den Westzonen oft nicht diese Möglichkeiten ausschöpfen. Die Importeur-Verbände und ihre daran interessierten Wirtschaftskreise sollten dahin wirken, daß entsprechende Regelungen in den Handelsverträgen aufgenommen werden, die den gegenseitigen Zahlungswünschen entsprechen. Es hat aber den Anschein, als ob die Vfw eine solche Entwicklung nicht gerne sieht und der sich immer freier entwickelnden Wirtschaft in einer solchen Anordnung, wie der vom 15. Juli d. J., bewußt eine Bremse auferlegt. Das hat zur Folge, daß Bestrebungen unterstützt werden, die das Wiederaufleben von Gebilden analog den ehemaligen Reichsstellen bewirken, die dann die notwendigen Kreditmittel aus der BdL schöpfen könnten. Allerdings würde dann die individuelle Einfuhr verschwinden und das anteilige Quotensystem neu entstehen. (Sy.)

Kontinentalwirtschaft und Großbritannien

In England erinnert man sich noch zu deutlich an die schlechten Erfahrungen, die man im intereuropäischen Handel in den ersten, optimistischen Nachkriegsjahren sammeln mußte. Die forcierten Exporte nach den warenhungrigen Märkten West- und Südeuropas führten nicht zu einer stetigen Handelsbelebung in beiden Richtungen, sondern zur Ansammlung zeitweise bedeutender, unnützer Devisensalden und zwangen zu Einfuhrerleichterungen für Luxuswaren, die sich Großbritannien eigentlich nicht leisten konnte. Sie halfen nicht, Englands

Rohstoff Sorgen zu meistern, sondern öffneten statt dessen dunkle Kanäle, durch die Sterling-Rohmaterialien in den Dollarmarkt abfließen, ohne die dringend benötigten „harten“ Devisen einzubringen. Die jüngste Abänderung des intereuropäischen Zahlungsausgleichs wurde als notwendige Korrektur, aber mit wenig Begeisterung registriert; sie hat einem weiteren unkontrollierten Gold- und Devisenabfluß via Westeuropa einen Riegel vorgeschoben, aber nichts getan, um das britische Dollarproblem einer Lösung näherzubringen.

Westeuropa bietet für England nicht die Vorteile natürlicher Gegensätzlichkeit, die eine Ausweitung des Handels mit den Dominien, Südamerika und Vorderasien erleichtert, und besitzt auch nicht den hohen Wohlstand, der englischen Qualitäts- und Luxuswaren den USA-Markt öffnet. England und Westeuropa sind nun einmal, wie sich vielleicht bald wieder bestätigen wird, in vielen Gebieten natürliche Konkurrenten, und es bedarf mehr als eines internen Clearing-Systems, um aus konkurrierenden Nationalwirtschaften eine inte-

grierte Kontinentalwirtschaft zu entwickeln.

Aber amtliche Kreise in London fühlen nur allzu deutlich, daß auch der Kontinent den Dollarmarkt dem Sterlingmarkt vorzieht. Dieser Tendenz durch Vorzugspreise und -bedingungen zu begegnen, verbieten nicht nur internationale Vereinbarungen, sondern würde auch der Grundlinie der britischen Wirtschaftspolitik zuwiderlaufen und eine untragbare Belastung der britischen Wirtschaft, besonders des ohnehin zu hohen Subventionskontos zur Stabilisierung der Lebenshaltungskosten, bedeuten. *Man betrachtet in London den intereuropäischen Zahlungsausgleich in seiner neuen, abgeänderten Form als technisch und valutarisch tragbar, wenn auch keineswegs ideal, aber eine intereuropäische Handelsausweitung verspricht man sich davon nicht.* (A)

Labour-Tories

Die großen Ziele der britischen Wirtschaftspolitik sind für Labour und Tories die gleichen: Vollbeschäftigung, Exportsteigerung durch Leistungssteigerung und sozialer Friede. Und selbst in der Verwirklichung würden die Konservativen eine lange Strecke auf dem gleichen Wege gehen, den die Labour-Regierung beschritten hat. Von den bisher erfolgten Verstaatlichungen würden die Tories kaum eine rückgängig machen wollen oder können: Bank von England, Kohle, Strom, Gas, Verkehr, Übersee-Telegramme, das alles gehört am besten in eine Hand, in eine nicht zu bürokratisch beschwerte öffentliche Hand. Allenfalls für den Güter- und Personenverkehr der Straße würde vielleicht eine Entflechtung aus Konkurrenzgründen versucht werden. Ähnlich hat das bisher verwirklichte Sozialprogramm wohl eine Kosten-, jedoch keine Grundsatz-Kritik erfahren.

Der grundsätzliche Widerstand der Tories gegen die Verstaatlichung beginnt beim Stahl: mit großer Heftigkeit wendet man sich hier gegen das Prinzip, befürchtet geringere Leistung und Unwirtschaftlichkeit und hat — in der Oberhaus-Behandlung — den

Stichtag für die Verstaatlichung vom 1. Mai über die nächste Wahl hinaus auf den 1. Oktober verschoben, was allerdings die Labour-Mehrheit im Unterhaus wieder rückgängig machen wird. In der Sozialpolitik möchten die Konservativen sparsamer wirtschaften. Die von Cripps im letzten Budget vorgenommene Beschränkung der Nahrungsmittel-Subventionen und der Kabinettsbeschuß gegen Nachbewilligungen für laufende Ausgaben werden von den Tories begrüßt. Sie spüren auch die Notwendigkeit des Steuerabbaus für die Kostensenkung und Kapitalbildung in der Wirtschaft. Sie haben jedoch bisher öffentlich nur Ausgaben-, nicht Aufgabekürzung empfohlen. Und für die weltwirtschaftlichen, mit der Dollarknappheit verbundenen britischen Schwierigkeiten ist das Tory-Rezept bisher gleichfalls sehr vage.

Auch die Konservativen müssen ihr Programm auf Austerität und höhere Leistung einstellen — und so empfehlen sie bisher nur Austerität, Steuersenkungen und Verminderung der Bürokratie sowie einen dauernden Stopp für weitere Verstaatlichungen (Stahl, Klein-Lebensversicherung, Zucker und Zement) und einen vorübergehenden Stopp für weitere Sozialaufgaben. Das läßt sich nicht als ein positives Alternativ-Programm aufziehen. Dementsprechend haben die Konservativen bisher auf den Mittelstand, die Treibholz-Wähler, die 1945 der Labour-Party ihre Stimme gaben, kaum genügend Eindruck gemacht. Sollten sich Großbritanniens Wirtschaftslage und Wirtschaftsaussichten bis zur Wahl (die vor Juli 1950 stattfinden muß) erheblich verschlechtern, so könnte ein Mehrheitswechsel hervorgerufen werden. Bisher ist das nicht wahrscheinlich. (-n.)

Buridans Esel

Ich habe es immer als menschliche Selbstüberheblichkeit empfunden, verachtend auf das arme Tier zu blicken und es als ein Muster tierischer Torheit anzusehen. Er steht zwischen zwei Bündeln duftenden Heus, der Esel Buridans, er verlangt nach ihnen — und muß verhungern, weil beide auf ihn einen gleich starken Reiz ausüben und er sich für keins von beiden entscheiden kann. Ist es aber nicht gerade eine menschliche Eigentümlichkeit, sich schwer entscheiden zu können, wenn die Wahl zwischen zwei gleich starken Reizen offensteht? Wir stehen vor zwei wirtschaftspolitischen Systemen und sollen uns für eins von beiden entscheiden. Gewiß, sie sind nicht mehr taufrisch — eben wie Heu, und der Duft ist nicht so verlockend — eben wie Heu, das in schlecht durchlüfteten Räumen gelagert hat. Aber es sind zwei respektable Systeme, die uns warm empfohlen werden. Jede empirische Wissenschaft muß ihr System notgedrungen aus dem Bild der Erscheinungswelt errichten. Mit dem Wandel der Erscheinungswelt müssen die Systeme ausgebaut werden, wenn sie nicht der Lächerlichkeit anheimfallen wollen. Mit volkswirtschaftlichen Lehrsätzen aus dem 18. und 19. Jahrhundert läßt sich die wirtschaftliche Erscheinungswelt nicht mehr bannen.

Was soll also der deutsche Wähler tun, der weiß, wie dringend Deutschland einer klaren Wirtschaftspolitik bedarf, und der sich verantwortungsbewußt entscheiden möchte? Sollte man die alten Systeme nicht etwas durchlüften können? Vielleicht würde sich dann herausstellen, daß sie gar nicht so weit voneinander entfernt sind, wie man glauben machen möchte. Die anzustrebenden Ziele sind klar vorgeschrieben, und alle Wege dahin sind schmal und steil. Der deutsche Wähler erwartet auch nicht, daß ihm ein Paradies versprochen wird. Er erwartet aber, daß man über Dogmen und Interessen hinweg einen konstruktiven Weg zeigt, der langsam aus unserer Not herausführen kann. Es ist der Demokratie nicht damit gedient, daß der Wähler wie Buridans Esel vor der Urne steht und sich nicht entscheiden kann, weil alle auf ihn einströmenden Reize gleich schwach sind. (sk)

Bonn oder Frankfurt?

Die Wahl Bonns als vorläufigen Sitz der Bundesregierung bedeutet die wohl stärkste Diskreditierung des demokratischen Gedankens im westzonalen Nachkriegsdeutschland. Bei allen bisherigen Belastungsproben, denen die Idee von der Regierung „durch das Volk für das Volk“ in den Westzonen ausgesetzt war, konnte man wenigstens zum Teil, sei es unabdingbare Belange der Besatzungsmächte oder sei es besondere Umstände und Erfordernisse der Nachkriegslage zur Verteidigung der gesetzgebenden oder regierenden Organe anführen. In Bonn stand jedoch eindeutig eine rein innerdeutsche Entscheidung zur Diskussion, und diese wurde gegen den fast einmütigen Willen der Öffentlichkeit und gegen jede Vernunft getroffen.

Bei dem immer wieder betonten provisorischen Charakter der westdeutschen Regierung hätte sich der Parlamentarische Rat bei der Wahl der vorläufigen Bundeshauptstadt allein von den Gesichtspunkten äußerster Sparsamkeit, größter Zweckmäßigkeit und schnellstmöglicher Überleitung von den Bizonen-Organen auf die Bundesregierung leiten lassen dürfen. Hiernach hätte aber die Wahl eindeutig auf Frankfurt fallen müssen.

In Bonn müssen die baulichen und fernmeldetechnischen Anlagen erst nahezu aus dem Nichts mit einem ungeheuren Kostenaufwand geschaffen werden und dabei würde noch aus Raumordnungsgründen eine arbeitshemmende Zersplitterung der Verwaltungen das Ergebnis sein.

Die westdeutsche Bevölkerung kann nur hoffen, daß der Bundesrat von seinem Revisionsrecht Gebrauch machen wird und daß bis zu diesem Zeitpunkt die „Bonner Fehlinvestition“ nur in demselben Maße Fortschritte gemacht haben wird wie bisher der soziale Wohnungsbau. (Sö.)

Heraus aus Frankfurt ...

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß einmal wieder der Hang fast aller Deutschen, sich in Fra-

gen zweiter Ordnung so stark zu engagieren, auch in der Frage der zukünftigen vorläufigen Bundeshauptstadt bemerkbar gemacht hat. Die Frage des vorläufigen Regierungssitzes der zukünftigen Bundesregierung sollte in erster Linie von wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden und erst in zweiter von politischen. Dieses um so mehr, als man nicht oft genug betonen kann, daß es sich um eine vorläufige Regelung handelt. Die Hauptstadt Deutschlands, wenn es nicht mehr durch Zonengrenzen geteilt sein wird, ist und bleibt: Berlin.

Wenn wir nun politische Gesichtspunkte anlegen, so bietet Bonn zweifelsohne Vorteile in der Unterstreichung des vorläufigen Charakters, in der Herauslösung aus der durch die vergangenen zwei Jahre doch mit reichlich vielen Hypotheken belasteten Frankfurter Atmosphäre und in der Nähe des wesentlichsten und größten westdeutschen wirtschaftlichen Produktionsraumes, des Rhein-Ruhr-Gebiets.

Ein weiterer Vorteil läßt sich für die Lösung Bonn vielleicht darin sehen, daß es den zukünftigen Bundesministern leichter sein wird, von Bonn aus ihren zukünftigen Mitarbeiterstab zu berufen und hiermit eine dringend notwendige Aussiebung von unerwünschtem und überflüssigem Personal durchzuführen.

Wirtschaftlich gesehen dürfte sehr vieles für Frankfurt sprechen. In wieweit sich eine Ausgabe vieler -zig Millionen D-Mark verantworten läßt, um eine provisorische Lösung auch in Bonn neu zu schaffen, nachdem schon in Frankfurt weitgehend investiert worden ist, wird eine Frage sein, die die künftige Bundesversammlung selbst zu entscheiden hat und vor der Bevölkerung Westdeutschlands zu verantworten haben wird.

Völlig abwegig erscheint es mir jedoch, wenn die interessierten Städte und Länder ihre Gesichtspunkte danach bemessen, wie hoch der finanzielle und wirtschaftliche

Vorteil sein wird, den die Verlegung oder Bestimmung des Bundes-Hauptsitzes auch steuerlich für sie bedeuten würde. Dieses wäre wahrlich ein Zeichen krankhafter egoistischer Überlegungen, die weder wirtschaftlich noch politisch vertretbar sind. (Bl.)

Artikel 48 redivivus?

Daß die Wahl Bonns als künftige westdeutsche Bundeshauptstadt eine Fehlentscheidung des Parlamentarischen Rats war, wird von wenigen bezweifelt. Die Frage ist lediglich, wer die Bonner Fehlentscheidung rückgängig machen wird.

Verfassungsmäßig ist dazu nur berechtigt der künftige Bundestag, denn es handelt sich um einen gesetzmäßig zustande gekommenen Beschluß der Verfassunggebenden Versammlung, um ein Gesetz, wenn auch nicht um einen Teil der Verfassung; d. h. es genügt zur Änderung einfache Mehrheit des Bundestages. Dieser staatsrechtlichen Lage haben die Ministerpräsidenten Rechnung getragen, indem sie der einzigen verfassungsrechtlich zuständigen Instanz, dem künftigen Bundestag, die Entscheidung zuschoben

Manche Stimmen tadeln diesen Beschluß der Ministerpräsidenten. Unter Hinweis auf den Auftrag der Militärgouverneure, den Beschluß des Parlamentarischen Rates nachzuprüfen, tadeln sie die angebliche Halbheit der Ministerpräsidenten. Dieser Tadel geht von dem Standpunkt aus, der in den Jahren 1923—24 und 1930—32 mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung gedeckt wurde: die Exekutive in ihrer zufälligen jeweiligen Zusammensetzung dürfe und müsse durch eigenes Handeln die verfassungsmäßige Funktion des Parlaments ersetzen und verdrängen. Diese Politik hat zum 30. Januar 1933 geführt. Diesmal muß die Verfassung von Anfang an respektiert werden. Dazu haben sich die Ministerpräsidenten bekannt, und dafür gebührt ihnen Anerkennung. Selbst in unserer heutigen Not wiegt ein Verfassungsbruch viel schwerer als die Ausgaben für Bonn. (e.)